

Ein starker öffentlicher Dienst ist unverzichtbar

OGBL Syndikat Öffentlicher Dienst fordert Investitionen in Personal, Mittel und den Schutz der Beschäftigten angesichts des Klimawandels

Die Folgen des Klimawandels werden immer konkreter. Waldbrände, extreme Hitze, Unwetter und andere Krisensituationen stellen unsere Gesellschaft vor immer größere Herausforderungen. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an diejenigen, die im Ernstfall für die Bevölkerung da sind: die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

Ob bei der Bekämpfung von Waldbränden, bei Hilfeleistungen während Unwettern, bei der Versorgung besonders schutzbedürftiger Menschen während Hitzewellen oder bei der Aufrechterhaltung kommunaler Grundleistungen: **Die Beschäftigten von Staat und Gemeinden übernehmen im Krisenfall Verantwortung – oft unter erschwerten Bedingungen.**

Für das OGBL Syndikat Öffentlicher Dienst ist deshalb klar: **Gerade in Krisenzeiten braucht die Bevölkerung einen starken und funktionierenden öffentlichen Dienst. Dieser darf nicht kaputtgespart werden.**

Damit der öffentliche Dienst seine Aufgaben auch unter zunehmend schwierigen Bedingungen erfüllen kann, braucht es **ausreichend Personal, eine angemessene Ausstattung und gute Arbeitsbedingungen**. Wird an diesen Grundlagen gespart, geht dies zulasten der Beschäftigten und der Versorgungssicherheit der Bevölkerung.

Wenn der öffentliche Dienst an seine Grenzen kommt

Wie wichtig diese Frage ist, zeigt aktuell unser Nachbarland Frankreich. Am **13. August 2026** haben die französischen Berufsfeuerwehrleute zu einem landesweiten Streik aufgerufen. Die Gewerkschaften kritisieren fehlendes Personal, unzureichende Mittel und eine zunehmende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen – inmitten einer Saison mit schweren Waldbränden und außergewöhnlicher Hitzebelastung.

Die Dimension der Krise wird an den Zahlen deutlich: Seit Beginn des Sommers 2026 sind in Frankreich schätzungsweise rund **120.000 Hektar Wald- und Buschland** niedergebrannt. Mehrere Feuerwehrleute kamen bei den Löscharbeiten ums Leben, über **140 weitere erlitten Rauchvergiftungen**. Die französischen Feuerwehrgewerkschaften fordern unter anderem rund **21.000 zusätzliche Stellen** bei den Berufsfeuerwehren sowie eine nachhaltige Finanzierung.

Dass Beschäftigte eines für die Sicherheit der Bevölkerung unverzichtbaren Dienstes in einer solchen Situation zum Streik aufrufen, sollte auch in Luxemburg ein deutliches Signal sein.

Der Streik ist das letzte Mittel der Beschäftigten. Er ist ein grundlegendes gewerkschaftliches Recht und Ausdruck eines gescheiterten Dialogs, wenn andere Möglichkeiten ausgeschöpft sind. Er zeigt zugleich, dass Belastungsgrenzen erreicht werden können, wenn strukturelle Probleme über Jahre hinweg nicht angegangen werden.

Klimawandel braucht einen starken öffentlichen Dienst

Der Klimawandel wird die Anforderungen an den öffentlichen Dienst weiter erhöhen. Waldbrände, extreme Hitze und andere Wetterextreme erfordern eine stärkere Mobilisierung – bei der Feuerwehr ebenso wie im Straßenunterhalt, in der Grünpflege, bei kommunalen Bauhöfen, in der Wasserversorgung oder bei der Betreuung älterer und pflegebedürftiger Menschen.

Wer einen funktionierenden öffentlichen Dienst in Krisenzeiten will, muss auch bereit sein, in ihn zu investieren.

Ein starker öffentlicher Dienst ist keine Ausgabe, bei der beliebig gekürzt werden kann. **Er ist eine Investition in die Sicherheit, den Schutz und die Lebensqualität der gesamten Bevölkerung.**

Das OGBL Syndikat Öffentlicher Dienst fordert deshalb, den öffentlichen Dienst angesichts der Folgen des Klimawandels vorausschauend zu stärken und die notwendigen Investitionen in **Personal, Ausstattung und gute Arbeitsbedingungen** sicherzustellen.

Der öffentliche Dienst muss funktionieren, wenn die Bevölkerung ihn am dringendsten braucht. Deshalb muss er heute gestärkt werden – und darf nicht kaputtgespart werden.

**Mitgeteilt vom Syndikat Öffentlicher Dienst OGBL / Landesverband,
am 19. August 2026**